

Kompromisse – um jeden Preis und auf wessen Kosten?

Thomas Biebricher

Einleitung

In einer zunehmend als unübersichtlich wahrgenommenen Welt gibt es immer weniger Unbestreitbares. Worauf man sich aber vermutlich dennoch über verschiedene Standpunkte hinweg einigen könnte, ist die Tatsache, dass zeitgenössische Gesellschaften – und zwar keineswegs nur im globalen Norden oder gar im ›Westen‹ – in ihrer Zusammensetzung heterogener werden, sei es ethnisch, sozial, kulturell oder religiös. Auch wenn es diesbezüglich Ausnahmen gibt, ist der Trend insgesamt eindeutig. Während dies manchen als Chance erscheint, löst es bei anderen Beklemmungen aus – und natürlich gibt es nicht wenige Regime, die mit teils bedenklichen Mitteln versuchen, sich diesem Trend entgegenzustellen und Vielfalt und Diversität eher für einen Fluch als für einen Segen halten. Doch zumindest die pluralistische Demokratie – heute oft als liberale Demokratie bezeichnet, was eine Erfindung der 1990er Jahre ist, wie gerade Philip Manow gezeigt hat¹ – muss ihrem Selbstverständnis nach diese Pluralität grundsätzlich begrüßen und fördern, wenn auch die Bandbreite legitimer Positionen, Praktiken und Lebensformen, aber auch die akzeptable Spreizung in Sachen sozialer Einkommens- und Vermögens(un-)gleichheit, immer wieder neu ausgehandelt werden muss.² Dies bedeutet aber beinahe zwangsläufig, dass sich das Ausmaß an latenten und manifesten Konflikten in derart

1 Vgl. Philip Manow: *Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde*, Berlin: Suhrkamp 2024.

2 Vgl. zum pluralistischen Demokratieverständnis den klassischen Beitrag von Ernst Fraenkel: *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart: Kohlhammer 1973.

heterogenen Gesellschaften erhöht und die Gefahren der Fragmentierung und Desintegration beständig im Raum stehen. Was solche von vielfältigen Konfliktlinien durchzogenen und gewaltigen Fliehkräften ausgesetzte Gesellschaften mehr als irgendetwas anderes benötigen – wollen sie nicht auf den Pfad der Pluralitätsreduktion einschwenken, um so die soziokulturellen und -ökonomischen Reibungspunkte zu reduzieren – sind Verfahren, die es ermöglichen, Konflikte unter Wahrung von als wünschenswert ausgezeichnete Heterogenität zu bearbeiten. Dazu zählen Verfahren wie das der Kompromissbildung, von der man daher vermuten sollte, dass sie eine zentrale Stelle in der Selbstbeschreibung pluralistischer Demokratien einnimmt. Doch dies, so Ulrich Willems in seiner kenntnisreichen und hellsichtigen Würdigung des Kompromisses, ist mitnichten der Fall. Vielmehr erscheine der Kompromiss bisweilen als Schmutzkind der Konfliktbearbeitung: Der Kompromiss stehe beständig im Verdacht, ein fauler zu sein, scheine es doch regelmäßig bei derartigen Aushandlungsprozessen eher um Opportunismus als um Prinzipien zu gehen. Der Kompromiss hat aber nicht nur bei Überzeugungstätern der politischen Praxis, die sich ihre Positionen und Forderungen nicht verwässern lassen wollen, einen schlechten Namen. Bisweilen, so lässt sich Willems verstehen, könne man auch den Eindruck gewinnen, dass sich in Teilen der Demokratietheorie gewisse Vorbehalte gegenüber der Logik des Kompromisses erkennen lassen, die sich darin äußern, dass dieser durch allerlei Zusätze erst veredelt werden muss, um so als normativ akzeptabel bzw. als ›fair‹ zu erscheinen. Dies bestreitet Willems energisch und argumentiert, dass die sowohl normative als auch funktionale Pointe des Verfahrens der Kompromissbildung gerade darin bestehe, dass sie auch als radikal entschlackte Basalvariante funktioniere, was sie zu einer wahren Allzweckwaffe im Arsenal der Konfliktbearbeitungsstrategien mache, die aufgrund ihrer relativen Voraussetzungslosigkeit in unterschiedlichsten Kontexten und zu überschaubaren (politischen) Kosten zum Einsatz gelangen könne.

In der Tat ist Willems darin zuzustimmen, dass das Konzept des Kompromisses, gäbe es dieses nicht schon, geradezu für pluralistische Demokratien erfunden werden müsste. Wie Nicole Deitelhoff in ihrer Replik auf Willems Beitrag ausführt, entpuppen sich sogar vermeintliche Schwächen des Kompromisses, nämlich seine Instabilität, in demokratischen Kontexten in gewisser Hinsicht als spezifische Stärke. Schließlich vertragen sich ›endgültige‹ Entscheidungen, die die

beteiligten und betroffenen gesellschaftlichen Akteure gewissermaßen auf Ewigkeit festlegen und binden sollen, schlecht mit dem Charakteristikum der liberalen Demokratie als einem Regime der beständigen Vorläufigkeit. Trifft es zu, dass eine der fundamentalen Präsuppositionen pluralistischer Demokratien darin besteht, dass aus Minderheiten Mehrheiten werden können (was der zentrale Grund für aktuelle Minderheiten darstellt, ihre Minorisierung zumindest für den Moment zu akzeptieren und so eine nicht zu unterschätzende pazifizierende Wirkung entfaltet), dann geht es schließlich gerade darum, Entscheidungen nicht auf (unbegrenzte) Dauer zu stellen. Laut der vielzitierten Formulierung Claude Leforts in diesem Zusammenhang zeichnet sich die Demokratie dadurch aus, »dass der Ort der Macht zu einer Leerstelle wird« und dies auch bleiben soll.³ Etwas weniger metaphorisch ließe sich davon sprechen, dass sich Akteure nur dann auf das Spiel der Demokratie einlassen, wenn es grundsätzlich auch offen für ihre Vorstellungen erscheint und diese implementierbar bleiben, sollten sie zur Mehrheitsmeinung werden: Demokratische Mehrheitsentscheidungen müssen grundsätzlich revidierbar sein; die Vorläufigkeit mehr oder weniger ›brüchiger‹ Kompromisse bietet hierfür gute Voraussetzungen.

Wenn Ulrich Willems daher in einer Vielzahl von Punkten und Bewertungen hinsichtlich der Vorzüge von Kompromissen durchaus zuzustimmen ist, so sollen im Folgenden seine Darlegungen dennoch im Hinblick auf drei spezifische Punkte, die konzeptioneller beziehungsweise normativer Natur sind, problematisiert werden, bevor ich abschließend noch einmal kurz auf den Ausgangspunkt zurückkomme: Zunehmend heterogene Gesellschaften, von denen man vermuten könnte, dass sie nichts dringender bräuchten als Kompromisse und Akteure, die bereit und in der Lage sind, sie zu schmieden, in denen aber dennoch der Kompromiss vor allem im Ruch der Rückgratlosigkeit und des Ausverkaufs von Interessen und Positionen steht.

3 Claude Lefort: »Die Frage der Demokratie«, in: Ulrich Rödel (Hg.), *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1990, S. 281–299, hier S. 293.

Kompromiss und Tausch

Der erste Punkt, der hier hinterfragt werden soll, betrifft die Typologie dreier unterschiedlicher Konfliktregelungsmechanismen, die Willems vorschlägt. Unterschieden vom Kompromiss als einem möglichen Verfahren, Konflikte zu regeln, wird hier zunächst die (vorübergehende) Stilllegung des Konfliktes, indem er eingefroren wird. Die Parteien des Konflikts erkennen an, dass es sich um einen solchen handelt, sind aber nicht willens und/oder in der Lage, ihn einer befriedigenden Regelung zuzuführen und schieben eine solche Regelung zunächst auf. Genau genommen handelt es sich also gar nicht um eine Regelung des Konflikts, der ja unverändert bestehen bleibt, sondern einen Konflikt, der schlicht nicht ausgetragen wird. Die Verwandtschaft mit dem Kompromiss besteht aber im Übrigen darin, dass die Motive und Gründe, den Konflikt einzufrieren, zwischen den diversen Parteien durchaus variieren können, es sich also nicht um einen Konsens handeln muss. Darüber hinaus, so Willems, gelte es von einem genuinen Kompromiss den *Tausch* als Konfliktregelungsprozedur zu unterscheiden. Beim Tausch gelinge es den Konfliktparteien, Arrangements zu finden, in deren Rahmen die Akteure ihre Differenzen auf derart produktive Art und Weise kanalisieren können, dass die Ergebnisse in allseitigem Interesse liegen. In einem solchen tauschökonomischen Setting sollte es damit eigentlich nur zu freiwilligen Interaktionen kommen, in denen laut Willems mindestens Äquivalente getauscht werden (wobei nicht ganz klar ist, warum in diesem Fall überhaupt getauscht werden müsste – zumindest wären dann die Parteien streng genommen indifferent gegenüber Gut A oder Gut B, da sie ihnen gleich viel wert wären) oder es zu einem ›Deal‹ kommt, der für beide Seiten vorteilhaft ist. Die typische Konstellation für ein erfolgreiches Tauschgeschäft besteht daher darin, dass Güter, die einen geringeren Wert für einen Akteur haben, gegen ein subjektiv höherwertigeres Gut eingetauscht werden, was deshalb möglich ist, weil sich die Wertschätzung auf Seiten des Tauschpartners genau umgekehrt verhält. In den Wirtschaftswissenschaften hat die Analyse solcher Tauschspiele eine lange Tradition. Man stellt sich Akteure mit einer Ausgangsausstattung unterschiedlicher Güter vor und geht davon aus, dass etwa ein reichlich mit Äpfeln ausgestatteter Akteur bereit wäre, einige davon aufzugeben, wenn er dafür ein paar Orangen erhalten könnte. Das spiegelbildliche Motiv wird beim Besitzer einer Fülle von Orangen unterstellt, so dass es zum Tausch kommt, bis zu

dem Punkt (dem Pareto-Optimum), an dem weitere Tauschhandlungen niemanden mehr besserstellen können, ohne zumindest einen Akteur schlechter zu stellen. Und natürlich lässt sich diese basale Logik aus der Welt der Früchte auf alle möglichen Arten von ökonomischen Tauschverhältnissen, aber auch auf politische Kontexte übertragen. Hier kann die Unterstützung für bestimmte politische Projekte eines Akteurs gegen die Unterstützung eines anderen eingetauscht werden: Unterstützt Du mich beim Versuch, Direktinvestitionen durch Steuersubventionen in mein Bundesland zu holen, kannst Du darauf zählen, dass ich erhöhte Ausgaben im Rüstungsbereich unterstütze, die den entsprechenden Herstellern in Deinem Wahlkreis zugutekommen werden. In der englischsprachigen Politikwissenschaft ist für diese »Deals« der Begriff des »log-rolling« geprägt worden.

Die Frage, die sich nun stellt, lautet schlicht, inwiefern sich die Logik des Kompromisses eigentlich von dieser Logik des Tausches unterscheidet. Denn auch bei einem Kompromiss müssen Parteien »Opfer« bringen, um zu einer Einigung zu gelangen, und werden dementsprechend ein als weniger wertvoll erachtetes Gut gegen ein wertvolleres eintauschen. Interessanterweise verweist Willems bei der folgenden Erläuterung der Kompromiss-Logik auf die Kaufverhandlungen beim Erwerb eines Autos, bei dem es zu genau den Verhandlungen komme, die wir aus dem Verhältnis von Orangen- und Apfelbesitzer_innen kennen. Willems verweist auf Margalit,⁴ die in diesem Fall von einem »blutleeren Kompromiss« spreche, aber es ist nicht ersichtlich, warum man hier nicht von einer Tauschhandlung sprechen sollte. Auch Willems selbst konzediert zumindest, dass es sich um eine »Mischung aus Tausch und Kompromiss« handle. Dies würde aber voraussetzen, dass es distinkte Logiken gibt, die sich in hybriden Formen vermischen können. Allerdings bleibt weiterhin unklar, worin diese *differentia specifica* bestehen soll. Im Folgenden stellt Willems einen zweiten Kompromiss-Typus vor, der – zumindest implizit – dann als genuiner Kompromiss verstanden werden kann. Aber der Unterschied besteht vor allem darin, dass es sich hier um »unteilbare« Konflikte im Sinne der Typologie Albert Hirschmans handelt.⁵ Hier würden von allen Seiten nur Opfer gebracht und

4 Avishai Margalit: On Compromise and Rotten Compromises, Princeton: Princeton University Press 2009, S. 39.

5 Vgl. Albert O. Hirschman: »Social Conflicts as Pillars of Democratic Society«, in: Political Theory 22 (1994), S. 203–218, hier S. 213.

niemand mache ›ein gutes Geschäft‹, so Willems, wobei aber immerhin die eigenen Ansprüche noch in Teilen realisiert werden könnten und die Regelung insgesamt als vorzugswürdig gegenüber den Alternativen erscheine. Ohne weitere Spezifizierungen liegt dann aber der Schluss nah, dass im Falle teilbarer Konflikte streng genommen kein Unterschied besteht zwischen Tauschhandlungen und Kompromissen und es nur in bestimmten Formen von Konflikten zu Kompromissen kommen kann, die sich nicht unter die Kategorie des Tausches subsumieren lassen.

Darüber hinaus stellt sich aber auch die Frage, ob die Charakterisierung des Kompromisses ohne Sieger überhaupt ausreicht, um einen Kompromiss von einem Tausch abzugrenzen. Denn auch ein solcher Kompromiss würde zumindest von den Vertretern eines Rational-Choice-Ansatzes doch so rekonstruiert werden, dass hier ein relativ wertvolleres Gut – nämlich die Einigung an sich – erworben wird, indem ein teures, aber doch relativ wertloseres Gut – z.B. das strikte Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen – eingetauscht wird. Womöglich wird der vermeintliche Gegensatz zwischen Tausch und Kompromiss, an dem Willems festhalten möchte, aber auch dadurch erzeugt, dass Tauschgeschäfte zumindest implizit als rein freiwillige verstanden werden, in dem es dann quasi *per definitionem* nur zu beidseitig vorteilhaften Interaktionen kommen kann, wohingegen Willems in Kompromisskontexten ausdrücklich in Rechnung stellt, dass sich in den entsprechenden Ergebnissen vermutlich auch die gegebenen Kräfteverhältnisse widerspiegeln werden. Außerhalb der ökonomischen Modell-Welt kann man sich aber zweifellos Tauschgeschäfte vorstellen, die keine wirklichen Sieger kennen, sondern gewissermaßen durch die Verhältnisse erzwungen werden – und eben immer noch besser erscheinen als die Alternative des Nicht-Geschäfts. Zweifellos bedürften die hier aufgeworfenen Fragen einer noch tiefergehenden Analyse als dies hier geleistet werden kann, aber zumindest ist festzuhalten, dass die Unterscheidung zwischen Tausch und Kompromiss nach jetzigem Stand weniger eindeutig ausfällt, als es die Ausführungen von Willems nahelegen.

Fraglich wäre hier zuletzt, was bei dieser Unterscheidung auf dem Spiel steht. Verstünde man die Kategorie des Kompromisses womöglich als eine spezifische Form des Tausches, dann würde die Kompromiss-Forschung anschlussfähig an die umfangreiche Literatur des Public-

und Rational-Choice, wo »Politik als Tausch«⁶ in ihren unterschiedlichen Facetten analysiert wird. Womöglich geht es aber auch gerade darum, dass die Beforschung des Kompromisses nicht zu einem weiteren Opfer des methodischen ökonomischen Imperialismus wird, der sich ja gerade in diesen Forschungsfeldern manifestiert.

Kompromiss und Zwang

Der zweite Punkt in Willems Ausführungen, der hier problematisiert werden soll, bezieht sich auf eine weitere Unterscheidung, die eingeführt wird, um die Spezifik des Kompromisses gegenüber etwaigen Alternativen zu markieren, aber auch um die mit milder Polemik vorgetragene These, dass der Kompromiss in Sozialwissenschaften (und Philosophie) nur unter der Voraussetzung seiner normativen Aufladung Anerkennung finde, die aber eben keineswegs vonnöten sei, sondern das Verfahren des Kompromisses gerade seiner oben erwähnten Stärken beraube. Zu diesen zusätzlichen Voraussetzungen zählt beispielsweise die Vertrauenswürdigkeit, die sich die Verhandlungspartner wechselseitig zuerkennen, der Respekt und die Anerkennung, die man sich gegenseitig zollt oder auch das Bekenntnis, sich an die Kompromissergebnisse zu halten (was wiederum auf die Vertrauenswürdigkeit verweist). Auch wenn Willems der sozialwissenschaftlichen Forschung und hier vermutlich vor allem der deliberativen Demokratietheorie etwas pauschal unterstellt, den Kompromiss durch allerlei zusätzliche Attribute anzureichern, so ist die Beobachtung in der Tendenz sicherlich nicht ganz unzutreffend. Jürgen Habermas etwa ist zwar keineswegs so kompromiss-avers, wie man es von dem Theoretiker des argumentativen Konsenses, auf dessen Herstellung in genuin kommunikativem Handeln zumindest abgezielt werden müsse (wenn dies aus empirisch selten der Fall sei), erwarten könnte. Auch Habermas erkennt dem Kompromiss in seiner Demokratietheorie eine überraschend wichtige Rolle zu für all die Materien, die sich nicht im Rahmen eines rein moralischen oder ethischen Diskurses bearbeiten ließen. Diese müssten über Verhandlungen und Kompromisse, denen die Beteiligten eben aus unterschiedlichen Motiven zustimmten, geregelt, werden,

6 James Buchanan: »The Constitution of Economic Policy«, in: American Economic Review 77 (1987), S. 243–250, hier: S. 246.

deren Findung aber unter fairen Bedingungen stattfinden müssten.⁷ Dieses Beispiel zeigt exemplarisch, dass es für die Einschätzung Willems' durchaus Anhaltspunkte gibt und es wirft die Frage auf, inwieweit diese normativen Anreicherungsversuche angemessen erscheinen, oder ob damit tatsächlich das Konzept des Kompromisses auf bedenkliche Weise überfrachtet wird, wie Willems argumentiert.

Die Problematik soll hier an zwei Punkten verdeutlicht werden. Willems spricht sich dagegen aus, dass Kompromisse nur dann als normativ wünschenswerte und funktionale Konfliktregelungsverfahren gelten können, wenn ein gegenseitiges basales Vertrauen gegeben ist. Natürlich wird durch diese Bedingung die Theoretisierung des Kompromisses wesentlich verkompliziert und eine seiner größten Stärken, die relative Voraussetzungslosigkeit, dementiert. Umgekehrt muss man festhalten, dass man Vertrauenswürdigkeit zwar an den persönlichen Charaktereigenschaften des Gegenübers festmachen kann (womit die Frage eine stark moralische Dimension erlangt), sie kann sich allerdings auch auf die Fähigkeit des Gegenübers beziehen, ein ›*credible commitment*‹ abzugeben, sich an den Kompromiss zu halten. Glaubwürdige Festlegungen einzugehen kann man nicht jeder Klasse von Akteuren zutrauen. Mit Kleinkindern Kompromisse zu schließen, scheitert bisweilen daran, dass sie ihre *commitments* innerhalb kürzester Zeit vergessen oder nicht als bindend ansehen. Aber auch eine Gewerkschaftsführerin, die zu wenig Rückhalt in den eigenen Reihen hat und/oder in Konkurrenz zu einer anderen Gewerkschaft agiert und Gefahr läuft, in ihren Forderungen überboten zu werden, kann möglicherweise nicht das liefern, auf was sie sich im Rahmen eines Kompromisses festgelegt hat und ist in diesem Sinn nicht vertrauenswürdig. Das bedeutet, dass fehlendes Vertrauen die Leistungsfähigkeit von Kompromissen durchaus beeinträchtigen kann und zwar nicht nur in der normativen, sondern vor allem auch in der funktionalen Dimension, nämlich dann, wenn dies zur Folge hat, dass Kompromisse fragil und kurzlebig sind. Weiter oben war die Rede davon, dass die Vorläufigkeit von Kompromissen gerade zu seinen Stärken gehören kann, doch dies darf nicht mit Kurzlebigkeit verwechselt werden: Wenn Kompromisse unmittelbar nachdem sie geschmiedet wurden, wieder zerbrechen und immer neue Regelungsrunden erforderlich machen, dann lässt sich schwerlich von einem sparsamen Instru-

7 Vgl. Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung. Zur Diskurstheorie des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1992, S. 200–204.

ment sprechen, da sich die wiederholten Verhandlungskosten aufaddieren. Dabei ist davon auszugehen, dass die Kompromissbildung in jeder Runde auf der Grundlage der negativen Erfahrungen schwieriger und langwieriger wird, was die Kosten abermals erhöhen dürfte. Mit anderen Worten handelt es sich zumindest bei manchen der eingeforderten zusätzlichen Merkmale eines wirklich wünschenswerten Kompromisses nicht nur um normativ ornamentales Beiwerk, sondern um Bedingungen, die sich beträchtlich auf die Funktionalität von Kompromissen auswirken können.

Dies gilt auch für den zweiten Punkt, wobei hier allerdings die normative Dimension die drängenderen Fragen aufwirft. Willems wendet sich auch gegen die Gewaltlosigkeit als zwingende Bedingungen für einen akzeptablen Kompromiss und verweist etwa auf Arbeitskämpfe, die vonnöten sein können, um die Kompromissbereitschaft des Kontrahenten auszuloten. Allerdings will er dort einen konzeptionellen Strich ziehen, wo es nicht mehr um Konzessionen, sondern nur noch um Kapitulation geht. Er wählt das Beispiel des Räubers, der mit vorgehaltener Pistole Geld oder Leben fordert. Auch die Übergabe der Geldbörse könnte ja als Wahlhandlung auf Basis der Abwägung der Alternativen rekonstruiert werden, wird von Willems aber als erzwungen angesehen, was das Ergebnis als Kompromiss disqualifiziert. Gleichwohl heißt es, dass auch oktroyierte Kompromisse grundsätzlich akzeptabel sein können und weiter oben wurde bereits erwähnt, dass ausdrücklich davon auszugehen ist, dass sich die Kräfteverhältnisse in Kompromissergebnissen widerspiegeln werden. Wann ein oktroyierter Kompromiss in einen erzwungenen umschlägt, scheint mir vor diesem Hintergrund aber schwer zu bestimmen zu sein, zumal aus der Beobachterperspektive. Dass sich Akteure dazu entschließen werden, eher auf ihr Geld als auf ihr Leben zu verzichten, ist sicherlich als empirische Regelmäßigkeit festzuhalten, aber es gibt schließlich auch diffizilere Konstellationen: Ist die Bereitschaft ein atypisch-prekäres Lohnarbeitsverhältnis aufzunehmen noch als Kompromiss zu verstehen, in dessen Rahmen man bereit ist, das Opfer des Verzichts auf ein Normalarbeitsverhältnis zu erbringen, oder ist dies angesichts der Alternative der Arbeitslosigkeit und den entsprechenden mehr oder weniger umfangreichen Einschränkung dann schon eher Kapitulation als Konzession? Dem »Paten« Don Vito Corleone legen Mario Puzo bzw. Francis Ford Coppola die berühmten Worte in den Mund: »I'm gonna make him an offer he can't refuse«. Welches (Kompromiss-)angebot man aber schlicht

»nicht ablehnen kann«, weil die Alternative keine wirkliche ist, dürfte doch sehr im Auge des Betroffenen liegen, dessen Wertschätzung der diversen Optionen den Ausschlag über den Ausgang gibt. Was als Konzession und was als Kapitulation gilt, ist daher aus externer Perspektive schwer zu beurteilen und damit besteht die Gefahr, dass in die Kategorie des Kompromisses durchaus porös ist im Hinblick auf Kompromisse, die man ebenso gut als erzwungen wie oktroyiert beschreiben könnte. Die normative Attraktivität eines derart weiten Verständnisses des Kompromisses scheint mir dann aber doch erheblich in Frage gestellt zu sein – ganz abgesehen davon, dass die Funktionalität ebenfalls beeinträchtigt ist – und daher läge es nah, noch einmal zu überdenken, ob eine gewisse Anreicherung des Kompromisskonzepts nicht doch angezeigt ist, um nicht seine Vorzüge einzubüßen, nur um es als quasi voraussetzungsloses Verfahren auszeichnen zu können.

Interne und externe Effekte

Der letzte Punkt, der hier aufgeworfen werden soll, kann anhand eines Beispiels verdeutlicht werden, das auch Willems in seinem Text diskutiert. Über die Notwendigkeit von Kompromissen wird derzeit nicht zuletzt im Zusammenhang mit klimapolitischen Entscheidungen gerungen (vgl. auch den Beitrag von Darrel Moellendorf in diesem Band). Hier gibt es diejenigen, die vor Kompromissen warnen und eher eine Art von Revolution einfordern. Die Radikalität der Vorgehensweise, die vonnöten sei, ergebe sich dabei nicht aus den ideologischen Festlegungen der Akteure, sondern schlicht aus der Radikalität der (Natur-)Verhältnisse und den Herausforderungen, die damit einhergingen. Auch solche Argumente hält Willems für nur bedingt stichhaltig zum Zweck einer Kritik des Kompromisses. Er gibt zu bedenken, dass die Alternative zu Kompromissen in der Klimapolitik nicht notwendigerweise ein ambitionierteres Vorgehen sei, sondern womöglich der völlige Stillstand – vielleicht sogar in Reaktion auf forcierte Reformtätigkeiten. In der Tat kann es nicht nur der Fall sein, dass die Gegenseite beim Scheitern eines Kompromisses diejenige ist, die sich durchsetzt. Eine energisch unilateral vorangetriebene Klimapolitik könnte eben auch einen *backlash* verursachen, der dann effektiv zum Stillstand führt. Die Geschichte der Klimawende in der deutschen Politik der letzten Jahre dient manchen als Beleg für diese Gefahr, wobei aber höchst umstrit-

ten ist, ob der zweifellos erkennbare *backlash* tatsächlich auf fehlende Kompromissbereitschaft der ehemaligen Ampel-Regierung zurückzuführen ist oder sich *trotz* vielfältiger Kompromisse materialisierte. Jedenfalls scheint zunächst einmal im Sinne Willems festzuhalten zu sein, dass sich nachhaltige Transformationspolitik idealerweise auf einen Konsens stützen muss, wo dieser aber – erwartungsgemäß – nicht erreichbar ist, mit Hilfe von Kompromissbildung möglichst viele Akteure und ihre divergierenden Interessen einbinden müsste, um eben nicht das Risiko einzugehen, bei wechselnden Mehrheiten und veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen direkt in Frage gestellt zu werden.

Soweit leuchtet die Logik ein, aber dennoch fehlt hier meiner Ansicht nach eine Dimension in der Betrachtung, die der Frage des Kompromisses noch einmal eine neue Komplexität verleiht. Willems untersucht die Kompromissbildung in seinem Beitrag, soweit ich sehen kann, fast ausschließlich im Hinblick auf die entsprechenden Binnenverhältnisse zwischen den Akteuren. Hier können sich Befriedungseffekte einstellen oder eben auch nicht. Was aber wenig Platz einnimmt, ist gewissermaßen die Frage nach den externen Effekten von Kompromissen. Kompromisse wirken sich schließlich nicht nur auf die Beteiligten aus, sondern können unter Umständen auch Auswirkungen auf Dritte haben bzw. beziehen sich auf Dritte(s). Das bedeutet, Kompromisse können im Binnenverhältnis zwar eine befriedende Wirkung, aber dennoch höchst problematische externe Effekte haben. Um beim Beispiel der Klimapolitik zu bleiben: Man kann sich zwar vorstellen, dass ein Kompromiss im Sinne von Ausbau des Bahnnetzes bei gleichzeitiger Beibehaltung keines Tempolimits auf Autobahnen kurzfristig Frieden im Binnenverhältnis von ehemaligen Ampel-Koalitionären stiften konnte. Aber da sich beide Maßnahmen tendenziell gegenseitig neutralisieren, würde der Klimawandel dennoch nicht effektiv bekämpft. Man kann zwar argumentieren, dass dieses Ergebnis immer noch besser ist, als kein Bahnausbau und *kein* Tempolimit, aber wenn das ›kleinere Übel‹ zur Folge hat, dass das Weltklima allenfalls nur um drei Grad steigt statt um fünf, zeigt sich, dass das Argument nicht ganz unangreifbar ist.

Grundsätzlicher gewendet lässt sich das Problem so beschreiben, dass man zumindest manche Kompromisse (mit zwei Partnern) nicht als rein dyadisches Binnenverhältnis betrachten und sie auch nicht allein daran messen kann, ob sie zwischen den Beteiligten eine nachhaltig pazifizierende Wirkung entfalten. Wenn diese Wirkung auf Kosten Dritter

erzielt wird, dann handelt es sich offensichtlich um einen Kompromiss, der normativ höchst fragwürdig ist. Mit Blick auf die Klimapolitik muss man sich gar nicht erst auf die schwierigen konzeptionellen Bahnen der Natur als Rechtsträgerin begeben, um die Virulenz des Problems aufzuzeigen, da von Erderwärmung, Verlust von Biodiversität etc. nicht nur die nicht-menschliche Natur, sondern natürlich auch zukünftige Generationen betroffen sind – und zwar vermutlich negativ. Ein Kompromiss, der auf einen Stillstand in der Klimapolitik hinausliefe, ließe sich also als einer charakterisieren, in dem die ›Opfer‹, die ja definitionsgemäß zu dieser Art der Konfliktregelung gehören, externalisiert werden, was ihn extrem attraktiv für die Kompromissparteien macht und ›faul‹ für diejenigen, die zwar mutmaßlich negativ betroffen, aber eben nicht beteiligt sind, wie es ja bei den zukünftigen Generationen der Fall ist. Die systematische Ausweitung der Kompromiss-Analytik, um auch diese externen Verhältnisse in den Blick zu nehmen, schiene mir daher angezeigt. In der Tat spielt dies auch bei Willems eine Rolle, der hier von ›klugen‹ oder eben auch ›fairen‹ Kompromissen spricht. Dies spräche aber meiner Ansicht nach dafür, die normative Auszeichnung des Kompromisses tatsächlich auf seine ›fairen‹ Manifestationen zu beschränken.

Schluss – Agenten der Kompromisslosigkeit

Wie eingangs erwähnt, soll hier noch einmal auf den Ausgangspunkt der Überlegungen zurückgekommen werden. Wie lässt es sich erklären, dass der Kompromiss in einem derart schlechten Ruf steht, obwohl er grundsätzlich als ein probates Instrument der Konfliktregelung gerade für pluralistische Demokratien gelten muss? Dies hat sicherlich damit zu tun, dass der Kompromiss bisweilen eben nicht den Eindruck vermeiden kann, dass er mindestens oktroyiert, wenn nicht gar erzwungen ist und dass es bisweilen zu Kompromissen kommt, die auf dem Rücken Dritter geschmiedet werden. Dass dadurch die funktionale wie auch normative Attraktivität von Kompromissen zumindest in Frage gestellt sein kann, wurde hier herausgearbeitet. Dies allein kann jedoch die spürbare weitverbreitete Aversion gegen Kompromisse in der öffentlichen Debatte nicht erklären (auf die akademische Debatte soll hier nicht näher eingegangen werden). Zwei Faktoren scheinen mir hier insbesondere erwähnenswert. Zunächst ist es das Wirken von

Agenten der Kompromisslosigkeit, wie ich es nennen möchte. Es gibt politische Akteure, denen systematisch daran gelegen ist, den Kompromiss zu desavouieren und zwar gerade weil er in gewisser Weise als typische Konfliktregelungsprozedur der pluralistischen, parlamentarischen Parteiendemokratie erscheint. Bei den Angriffen vor allem rechtsautoritärer (aber bisweilen auch linksautoritärer) Akteure gegen den Kompromiss geht es um vermeintliche Rückgratlosigkeit und Opportunismus, die sich am konkreten Deal ablesen lassen können sollen, aber eigentlich zielt die Kritik aufs Grundsätzliche: Es sind eben gerade die konstitutiven Gegebenheiten gewaltenteiliger, gesellschaftlich heterogener Demokratien, in denen es sich schlecht durchregieren lässt und die beständig die Möglichkeit zulassen müssen, dass demokratische legitimierte Politik auch einen anderen Weg einschlagen kann und diese Kontingenz nicht dementieren kann und will; eine demokratische Politik, die erst nach der mühseligen Überwindung zahlreicher Veto-Punkte ins Werk gesetzt werden kann – und zwar nicht zuletzt indem mit den entsprechenden Veto-Spielern bisweilen Kompromisse geschlossen werden. In der autoritären Imagination bestände das Ideal darin, den gordischen Knoten all dieser politisch-ökonomisch-rechtlichen Verstrickungen zu durchschlagen und damit gleichzeitig das langwierige Prozedere pluralistischer Demokratien als generalisierten Kuhhandel zu entlarven, mit dessen Hilfe sich Eliten auf Kosten der Bevölkerung gesundstoßen. Der entscheidende Punkt scheint mir hier darin zu bestehen, dass man dem Generalverdacht gegen die Kultur des Kompromisses in pluralistischen Demokratien mit Argumenten entgegentreten muss, wie sie etwa in Willems' Beitrag entwickelt werden – ohne jedoch prinzipiell auszuschließen, dass es eben faule Kompromisse auf Kosten Dritter gibt. Das oben erwähnte ›log-rolling‹ mag bisweilen zum Zweck der allgemeinen Diskreditierung einer politischen Klasse überdramatisiert und –skandalisiert werden, doch grundsätzlich zu leugnen, dass es solche Deals gibt, die etwa auch auf Kosten der Allgemeinheit (der Steuerzahler) zustande kommen, wäre bestenfalls naiv.

Der zweite hervorzuhebende Punkt steht mit diesem ersten zumindest in einem indirekten Zusammenhang. Es handelt sich um die Tendenz in Richtung einer zunehmenden Kulturalisierung gesell-

schaftlicher Konflikte.⁸ Nimmt man die öffentliche Aufmerksamkeit als Gradmesser, so könnte man meinen, dass Kulturkämpfe und *Woke Wars* heute die zentralen Schauplätze gesellschaftlicher Auseinandersetzungen sind. Auch wenn vermutlich den meisten Menschen, etwa in Ballungsgebieten, die Frage bezahlbaren Wohnraums mehr auf den Nägeln brennt als die Frage, ob es ein, zwei oder viele Geschlechter gibt, so lässt sich die Salienz letzterer Thematik offensichtlich dadurch steigern, dass man sie immer wieder aufruft – womit wir bei den obigen Agenten der Kompromisslosigkeit wären, die sich bei ihrer Arbeit allerdings auch auf die Mithilfe mancher verlassen können, die sich selbst eher der Mitte zurechnen, aber munter über ›Gender-Ga-Ga‹ schwadronieren, Gendersprache im öffentlichen Dienst glatt verbieten oder doch zumindest ein Referendum über das Gendern abhalten wollen und damit das Geschäft der Empörungsunternehmer von Rechtsaußen gleich selbst übernehmen. Die Attraktivität der Kulturalisierung von Konflikten liegt ganz allgemein darin, dass man wenig politisches Kapital riskieren muss, um schnell Aufmerksamkeit und womöglich auch Unterstützung zu generieren, wohingegen man etwa bei einer geplanten Rentenreform von einem invertierten Kosten-Nutzen-Verhältnis auszugehen hat. Für die Agenten der Kompromisslosigkeit kommt aber hinzu, dass es sich bei kulturellen Konflikten oftmals um Fälle aus der Klasse der oben erwähnten unteilbaren Konflikte handelt, die per se der Regelung durch Kompromisse weniger zugänglich sind, als ihre teilbaren Pendants. Eine von Kulturkämpfen geprägte Gesellschaft wird also skeptischer auf Kompromisse blicken und sich auch objektiv schwerer damit tun, Kompromisslösungen zu Schwangerschaftsabbruch, der Rolle von Religion in der Öffentlichkeit und ähnlichen Themen zu finden, zumindest dann, wenn diese erst einmal durch entsprechende Kampagnen politisiert worden sind und dadurch bei Wählerinnen und Wählern eine gewisse Salienz erhalten haben. Auf den Versuch, politisch-gesellschaftliche Kompromisse zu schmieden, so scheint es daher aktuell, kommen schwere Zeiten zu.

8 Vgl. Thomas Biebricher: *Mitte/Rechts. Die internationale Krise des Konservatismus*, Berlin: Suhrkamp 2023, S. 579–584.